

Beschluss des LSVD⁺ - Verbandstags 2025

Antragsteller: Bundesvorstand, Landesverbände Bayern, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein

Keine Sprachverbote beim Thema Gender

Aus dem konservativen bis rechten politischen Spektrum werden zunehmend vermeintliche Sprachgebote und -verbote der "woken" Linken angeprangert – gleichzeitig werden tatsächlich politische Forderungen hiernach aus denselben Kreisen eingebracht und inzwischen auf Landesebene teilweise sogar umgesetzt. Sie befeuern damit absichtlich ein falsches Narrativ, schüren Ängste in der Bevölkerung auf Kosten marginalisierter Personen und lenken damit bewusst von tatsächlichen gesellschaftlichen Missständen – gerade auch in Bezug auf queere Rechte – ab. Der LSVD⁺ spricht sich klar und unmissverständlich gegen Sprachverbote jeder Art aus.

Sprache ist ein mächtiges Werkzeug, um soziale Beziehungen zu formen. Sie kann soziale Ungleichheit widerspiegeln, sie befördern, sie unsichtbar machen oder ihr entgegenwirken. Für uns als LSVD⁺ ist klar: Wie Menschen miteinander sprechen, ist ihre freie, persönliche Entscheidung. Nicht die Politik, sondern wir alle sind daher in der Verantwortung, unsere Worte sorgfältig zu wählen, wenn wir miteinander und übereinander sprechen.

Wenn rechte und konservative Politiker*innen – wie nun bereits in Bayern, Hessen und Sachsen geschehen – uns allen vorschreiben wollen, wie wir zu sprechen und zu schreiben haben, und dies in Wissenschaft und Bildung, in Medien und öffentlichen Einrichtungen durchzusetzen versuchen, so ist dies ein Angriff auf unser aller Freiheitsrechte. Dass sie dies auch noch als vermeintlichen Widerstand gegen Sprachverbote verkaufen, ist grotesk. Eine solche Forderung hat auch der LSVD⁺ nie erhoben.

Vielmehr wollen wir eine herzliche Einladung an alle Menschen aussprechen, respektvolle und inklusive sprachliche Lösungen zu nutzen, die der Vielfalt unserer Community gerecht werden. Der Kulturkampf, der hier bewusst angefacht wird, muss endlich enden. Durch ihn werden queere Menschen als Feindbild dargestellt. Dabei geht es den Akteur*innen in der Regel um weit mehr: Sie wollen queere Rechte tatsächlich beschneiden – beispielsweise die Rechte von Regenbogenfamilien und von trans*, intergeschlechtlichen und nichtbinären Personen. Das Feindbild des Gender-Gaga dient ihnen hier als Vehikel. Anstatt landein landaus die Chimäre angeblicher woker Sprachdiktate durchs Dorf zu treiben, rufen wir alle Politiker*innen dazu auf, den Fokus auf politische Lösungen realer Probleme zu legen.

[beschlossen auf dem 37. LSVD⁺-Verbandstag am 06.04.2025 in Berlin]